



Dresdner Nachrichten

N. Salm
(Inh.: Rich. Wiedner)
Special-Fabrik
geprägter Siegelmarken
Planen f. Dr.
Kaltzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1111)
empfehlen ganz besonders ge-
prägte Parketterschüss- und
Schutz-Marken, sowie Signir-
schablonen, alle Gattungen
Farbstempel u. Gravirarbeiten
jeder Art.

Hanns Hanfstaengl (C. A. Teich)
Königl. Sachs. Hofphotograph
30 Pragerstrasse 30.
Dresden, 1891.

Lederwaren - Specialität!

Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc.
Grösste Auswahl in allen Preislagen!
Bernhard Rüdiger, Wildstrufferstr. 3,
überst dem Altmarkt.

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wihl. Rühl & Sohn,
Neumarkt II. Fernsprechstelle 1110.

Ed. Pachtmann, Pragerstr. 11

Königl. Sachs. Hoflieferant.
Anfertigung von Ehrengeschenken

Pracht-Alben mit 250 Seiten, Mappen mit Diplome, in
Kleinheit nach besonderen Wünschen, Wagen, Nummern etc.
in vorzüglicher Ausführung.

Lederwaren - Specialität! C. Heinze in Dresden.

Nr. 353. Spiegel: Jungzechtliche Tiraden, Anprache des Papstes, Hofnachrichten, Landtags Verhandlungen, Reichsmittelvertheilung,
Stadtbewohnereinführung, Weihnachtsfeier, Gerichtsverhandlungen, „Junonian von Erlangen“.

Breitestr. 21
(Eckladen).

Sonnabend, 19. December.

Politisches.

Das ist Lebehov's wilde verwagene Jagd, so lautet die
neue Variante, mit der unsere heimischen Reichstagsmitglieder,
so weit sie die Stehle-Ohne um die Hölle mitgemacht, von ihren
hattenenden Wählern bekräftigt werden dürften. Ein „Weihnachts-
geschenk“, so wurde erklärt, bringen die Herren mit, und da es
recht und billig ist, hübsch für ein solches zu danken, so wird gar
Mancher seine Empfindungen in die Worte kleiden: „Ich danke
für diese Beiderung.“ Na, die Sache ist ja nun einmal abgemacht,
nachdem noch in aller Eile die Bestimmung der reichstagslichen
Geschäftsordnung, das die dritte Beratung frühestens am zweiten
Tage nach dem Abschluss der zweiten Beratung erfolgen dürfe,
bei Seite gemorren worden ist. Der Reichstag wird vertagt bis
in den Januar hinein und im Chore von Kindern und Kindes-
kindern singen die Erwählten des Volkes „O Tannebaum, o Tanne-
baum“, bis sie an den Vers kommen „O Nagelein, o Nagelein,
wie falsch ist Dein Gemüthe.“ Diesen Vers zu singen, würde sich
mit der Würde des deutschen Reichstags noch weniger vertragen,
als die Annahme einer Vorlage, die eingestandenemassen kein Mit-
glied derselben genügend kennt.

Während in der nächsten Zukunft der frische Duft des Weib-
nachtsbaumes und der freundliche Quaal der Lichter die Stimmung
unserer Landesboten durchwühlen dürfte, besorgen für die über-
reichlichen Reichstagsmitglieder speziell die Jungzechtlichen vorläufig
noch ein anderes Aroma. Wären Worte Thaten, so hätte allein
Herr Gregor eine halbe Million Deutsche abgeschlachtet, indem er
eine Rede vom Stapel ließ, in der er den „Voh gegen diesen Staat“,
den Voh gegen das geehrte Kaiserthum Oesterreich als die Grund-
empfindung seines Volkes predigte. Es war auch sonst etwas stark,
was dieser Führer der Slavia Irredenta äußerte: „Wenn unsere
Vorfahren hätten ahnen können, welches Schicksal in diesem Reiche ihre
Nachkommen erwartete, wenn sie hätten ahnen können, daß das König-
reich Böhmen zu nichts Anderem wird, als zu einer Citrone des öster-
reichischen Staates, daß dieses Königreich, diese rühmliche Schöpfung
ihres Geistes und ihres Weibensmuthes zertrütert und zerstört werden
soll, daß in einem Theile dieses zerstückelten Königreiches der Böhme
als Fremdling behandelt, daß er wegen seiner Sprache und Nationalität
verfolgt, mißhandelt, seiner Ehre beraubt werden soll, wahrlich, die
Königswahl von 1036 wäre anders ausgefallen.“ Auf diese Tirade, die
eigentlich an Dohdervath streift, erfolgte, lebhafter Beifall und Hände-
klatschen der Jungzechtlichen“, wie es im Parlamentsbericht heißt. Die
ganze Partei erklärt sich durch diesen Beifall für solidarisches mit
Gregor und erhebt dadurch die Brandrede des Einzelnen zu einer
politischen Aktion derjenigen Partei, welche nach der gründlichen
Wiederlage der schlafigen Altzechtlichen den geschlichen Theil des
böhmischen Volkes fast ausschließlich vertritt. Der Slovener Gregorec
fügte überdies im Namen seines Volkstammes die lebhafteste Ver-
sicherung hinzu, daß auch er nicht abgeneigt sei, dem politischen
Panislamismus neues Leben einzubringen und gar leicht in die
Lage kommen könne, sich nach den liebevollen Armen Rußlands
umzuschauen. Den Anlaß zu diesen rednerischen Ausbreitungen
bot die Aussicht auf die kommenden Handelsverträge. Man könnte
an den Reden der Slawischen Heilsporne abschließend vorbeigehen,
wie einst an den Reden des Herrn Vohaty, wenn nicht einerseits
angenehm wäre, daß diese Reden in wenigen Tagen in dem ent-
legensten böhmischen Dorfe geleien und die bei vollendenden Schlag-
worten stets folgende zündende Wirkung ausüben, den Zwielpost der
Stämme also noch vertiefen werden, wenn nicht andererseits in der
Rede Gregor's eine Trostung enthalten wäre, die man selbst aus diesem
Munde nicht zu leicht nehmen sollte. Diese Trostung findet sich in
folgenden Worten: „Die Unzufriedenheit der Völker Oesterreichs
könnte diesem Staate im entscheidenden Momente verhängnisvoll
werden. Die stärksten Waffen, auch das Mannlicher-Gewehr,
würden stumm und wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von be-
geisteter Hand geführt werden! Einmal wird der Tag der Ab-
rechnung kommen!“ Diese Trostung verdient festgenagelt zu
werden; sie ist das Stärkste, was bisher geleistet wurde und hat
wohl noch in keinem Culturstaate dieser ein Seitenstück auszu-
weisen. Allerdings hat die österreichische Armee den jungzechtlichen
Vocallus bisher noch von sich fern gehalten, so daß für die nächste
Zeit nicht zu befürchten steht, daß sich die Vorgänge wiederholen,
die einst in den italienischen Kämpfen die Entscheidung Truppen ihre Fahnen
verlassen und zu den Feinden übergeben. Aber jedes Gift frist
sich ein und frist sich weiter, und wenn das Gift, mit dem die
Reden der Gregor, Vohaty und Gregorec durchtränkt sind, weiter
hineinbringt in den slavischen Volkstörper, dann könnte auch das
Volkstörper der Vömer in's Wanken geraten und seine Wirksamkeit ver-
sagen. Um so dringender aber ergiebt sich für die Deutschen Oesterreichs
die Pflicht, die Staatsräthe, wie sie sich in der Lunastie Habsburg
und vor Allem in der Verantwortlichkeit des ausgezeichneten Trägers
der Krone verortet, mit aller Kraft hochzuhalten und zu ver-
theiligen. Solche Reden stellen es klar, daß in Oesterreich in
allerer Linie das Deutschthum es ist, das als der sicherste Post
des Gesamtstaates zu betrachten ist.

Der Papst hat vor wenigen Tagen im Consistorium der Car-
dinalie eine Anprache gehalten und kurz zuvor einen deutschen
Journalführer empfangen. Der Bericht des Letzteren ist für ein
freimüthiges Blatt geschrieben, welches sich in täglicher, hässlicher
Angriffen gegen den Fürsten Bismarck nicht zu scheuen vermag.
Und doch finden wir in dem Bericht über das betreffende Interview
folgendes Wort: „Im Laufe des Gesprächs kam Seine Hei-
ligkeit mit warmer Empfindung auf den Altreichstanzler zu sprechen
und ließ einige Zeit bei diesem Thema. Er, der Papst, habe es
heute früh in der Stellung geleien, daß der Fürst seinen Sitz im
Reichstage nicht einnehmen würde, da kein Arzt es ihm verbot.
Ich erlaube mir, zu erwidern, daß der Fürst, wenn es sich in

wichtigen Augen um das Wohl und Wehe des Vaterlandes
handeln sollte, trotz ich mir eine Ansicht habe bilden können,
sicher sein eigenes Wohl dem des Vaterlandes, wie er es so oft im
Leben gethan, hinterlassen würde.“ Es ist an dieser Stelle
interessant, daß der Papst im Gegensatz zu der überlichen Manier
der deutschen Reichstags Reden, die den „Mittelstufen“ täglich
angeleiert und nützlich in ihren Wiederholungen des Interviews
den citirten Abschnitt wegläßt, für Rammesgröße und Manneswert
einen klaren, offenen Blick zeigt.

In seiner Allokution an die Cardinale hat der Papst an-
geklagt an die bekannten Vorgänge im Pantheon in Rom. Er
klagt über die Unseligkeit des katholischen Reichstags, dessen
Sührung man dem Volke von Italien nur deshalb als bedenklich
hinstelle, um ihm die günstigeren Gelegenheiten des Lebens zu
verleihen. Der freie Verkehr des Papstes mit den Gläubigen sei
auf das Feuerschloß geschmälert, der Stand der Dinge geradezu un-
erträglich. Die Forderung, welche Leo der Dritte von, ist beschei-
nend: Er werde bei der Haltung des Reichstags verbleiben, er
werde also die völlige Unabhängigkeit Roms, das dem Papstthum
durch göttliches Gebot und die Stimme von Jahrhunderten zu-
gewiesen ist, unantastbar lassen. Papst Leo hält also einseitig
an der Fiktion fest, daß er sich in einer Veranlassung befinde,
die unendlich sei, er glaubt andererseits, daß die sogenannten
„Rechte“ des Papstthums mit der Größe und Unabhängigkeit
Italiens verträglich seien. Gerade das Letztere dürfte ein Joch
sein, der selbst von katholischen Staaten nicht getheilt wird. Es
ist ein Joch, mitten in einem national geeinigten Lande die
historische Hauptpflicht als ein eigenes, souveränes Ansehen zu
beanspruchen, ein Joch, das die Lage der Reichstagsmitglieder
unmöglichlich bei Seite geräumt hat. Gerade jetzt, wo Reich-
thum weniger als je gemeint ist, die Hände des dritten Napoleon
zu wandeln und für den Papst die Kationen aus dem Reichthum
zu holen, macht die Erklärung Leo's des Dritten einen rein pla-
tonischen Grund, wie denn auch die immer wiederkehrende Be-
hauptung einer ewigen Veranlassung an dem Unlände Schim-
mel leidet, daß Niemand den Papst hindern würde, Auszüge zu
machen oder seine Reden zu verlegen, wozu er immer Neigung
hat. Die letzte Diskussion in der Kammer und die Versicherungen
Rudin's können ihm überdies die trübselige Gewissheit geben, daß
man im Centralrat nicht daran denkt, das Garantiegesetz
anzuerkennen und die abzulehnen, dem Träger der Tana qualifizierte
Rechte einzuführen. Gerade eine harte Regierung Italiens
ist die sicherste Garantie für die Sicherung der geistigen und geist-
lichen Freiheit des Papstthums.

Reichstags- und Reichstags-Berichte vom 18. December.

Berlin, Reichstags. Auf der Tagesordnung: 3. Be-
ratung der Handelsverträge. Freiherr v. Münch (wildeau) be-
schwert sich, daß ihm der Präsident nicht ausreichende Redezeit
gewährt habe. — Herr v. Bismarck erwiderte unter dem Beifall
des Hauses, daß er Herrn v. Münch den weiteren Spielraum gewährt
habe, den die Geschäftsordnung zulasse. — Abg. v. Bismarck (Berth)
(sonst) bezieht angedeutet die Lage und des Schutzbedürfnisses der
Landwirtschaft die Erregung, welche die durch die Verträge her-
beigeführte Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle hervorgeru-
fen habe; aber er stimme trotzdem für die Verträge, aus dem vom
Reichstagsmitglied dargelegten allgemeinen Gesichtspunkte und weil er
die Bestimmungen, die in der Handelsverträge angeordnet wor-
den, nicht theile. Die Zolltarife, welche die Regierung mit diesen
Verträgen eintrage, halte er für richtig und notwendig. Weiter
legte er die Wichtigkeit der Handelsverträge für die deutsche
Wirtschaft dar. — Abg. v. Bismarck (Berth) tritt der Angabe
entgegen, daß die bestehenden Verträge abgelaufen und nur somit
in einer Vorlesung geteilt wären. Er gebe in wirtschaftlichen
Tingen kein Wort aus wirtschaftlichen, nicht aus politischen
Gründen ab. Die Vinte stimme auch nur zu, weil sie in den Ver-
trägen den ersten Schritt zum Freihandel sehe. Ursprünglich er-
wartete die Freihandlung, den Verträgen nicht zustimmen, wenn
diese den Interessen der Nation nicht entsprächen. — Abg. v. Bismarck
(Berth) erwiderte, daß die Herren stimmten doch zu. Wenn das
Gesamte ohne politische Hintergedanken, lediglich nach seiner wirth-
schaftlichen Ueberzeugung stimmte, würde sein Votum ein ablehnen-
des sein. Neben der Landwirtschaft, die sich nun eben auf die
Böhmische Ermäßigung einrichte, würden auch zahlreiche Industrien durch
die Verträge geschädigt, während diejenigen Industrien, für die man
einen Vortheil von den Verträgen erwarte, monocher Enttäuschung
entgegenstehen. Die Wirtschaftsfrage sei keineswegs so schwierig und
bedeutsam, wie der Reichstanzler meint; sie sei nur von Goldwähr-
ungsfragen als etwas Ueberwichtiges hingestellt worden.
Er könne nur hoffen, daß seine Bemerkungen sich nicht erfüllen.
— Reichstanzler v. Caprivi bezeugt, daß v. Bismarck entgegen seiner
gegründeten Ansicht, die Verhandlungen nicht anzubahnen, rückfällig ge-
worden sei und seine Scherzreden hier wieder vorgetragen habe. Er
sönne sich denken, wenn man seine Hoffnungen entgegenstehe. Kap-
rivi habe der Regierung Motive untergeleitet, die nichts aus-
gesprochen worden seien. So lange Kaprivi die politische Bedeu-
tung der Mac Rindell nicht begriffe, müßte er (der Kanzler)
darauf verzichten, sich von seiner Seite Verleumdungen der auswärtigen
Politik zu erholen (Beifall links). — Abg. Müller (nl.) stimmt für
die Verträge nur, um einen Zollkrieg Alles gegen Alle zu verhindern.
— Abg. Reber (oz.) stimmt für die Verträge, weil dieselben für 12
Jahre Zollhöhen anerkennen, während beim Abschluss neuer
Verträge Zollermäßigungen eintreten müßten, die wieder die Agrar-
ler zu tragen haben werden. — Abg. Dr. Barth (frei.): Seine
Freunde machten sich über die Wirkung der Zollverträge keine
übermäßigen Hoffnungen, aber sie nehmen sie als eine Abklage-
zahlung hin. Mit den Interessen des deutschen Volkes ist jeder
Gehetretoll unvereinbar. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das
Jahrhundert nicht zu Ende gehen werde, ohne das Nothwendigkeits-
system geführt zu haben. Offenheit denke man nicht an eine
mitteleuropäische Zollunion; das wäre der unglücklichste Gedanke,
den man haben könnte. — Abg. Ebert (frei) beantragt Schluß
der Debatte. Der Antrag wird abgelehnt (Beifall). — Abg. Stöcker
(sonst.): Im Lande sei man von der Durchbrechung der Verträge
auf das Unangenehmste berührt. Bei dieser Art der Verhandlung
sei es selber nicht in der Lage, für die Verträge stimmen zu können.
Weber sage, durch die Hölle sei der Preis nicht erreicht worden.
Man, es sei nicht Alles, aber sehr viel erreicht. Unsere Anzeigen
seien gestärkt, unsere Landwirthschaft gestützt worden. Heute seien
die Preise abnorm; aber seit dem Erlaß des geltenden Zolltarifs
seien die Getreidepreise niedriger gewesen als zuvor. Die Höhe seien
höher geworden seit Uebergang zu jetzigen Wirtschaftspolitik, sie
seien vielleicht nicht im Verhältnis zu dem industriellen Kapital,

schwer nicht im Verhältnis zu dem industriellen Kapital
gelegen, aber sie seien gestiegen. Der 1879er Zolltarif sei nicht
vom Fürsten Bismarck gewollt durchgedrückt; man kann nicht
sagen: Fürst Bismarck rief und Alle, Alle kamen! Wenn das
notleidende Volk hätte gewollt, zwei — drei Jahre verjährt
gewesen, bis endlich die Regierung kam. Wir konnten, wenn
wir für die Zollfrage eintreten, nicht für die Interessen der
Landwirthe, sondern für die Natur unseres Landes, das ein
reines Industrieland sein wird. Weniger die Verträge an-
zunehmen, sei es die Begründung derselben und die Pflicht, mit welcher
sie auf der linken Empfindung wurde, machten ihn bedenklich.
Kein Land sei von der sozialen Bewegung so angezogen, wie
Deutschland. Sollte man dieselbe gewollt in einem Industri-
lande machen, so schäme man damit den Boden für die Revolution.
Wenn man der Landwirtschaft dauernd die Möglichkeit nehme,
Verträge zu arbeiten, so untergrabe man die Vaterlandsliebe. Achte
man die politische Bedeutung der Verträge an, so sei daran hin-
zuweisen, daß der Zollverein den Preis nicht verändert habe. An-
dererseits mache die ganze politische Lage es nöthig, daß wir der
Ermäßigung eine neue vaterlandsliebende Bevölkerung haben. Ein
Land ist stark, das eine zufriedene Bevölkerung hat und ein starkes
Arbeitsvolk braucht keine Opfer zu bringen, um Bündnisse an-
zulegen, sondern kann thun, was es will. — Abg. v. Kospoth
erklärt einmüthig die Zustimmung der Völer zu den Verträgen im In-
teresse der Nation gegen die Verträge. Das Mittel des Gegen-
satzes sei ein wohlüberlegtes. Das Wort laute auch heute
kein! — Abg. Richter (frei) wendet sich in ausführlicher Rede
gegen v. Bismarck und Stöcker. Bismarck habe von der Verleug-
nung der „Reichstags“ gesprochen, Richter antwortete darauf, daß er
in der Anerkennung der Reichstags als Reichstags und Reichstags
über das mindeste Maß gehen nicht hinausgehe, was die
Geschäftsordnung zulasse. Richter habe sich diesen Satz ausge-
sprochen und verlas denselben. Der Präsident sagte diese Art von
Reden. Stöcker hatte angeführt, daß ihm ein namhafter Volk-
recht, der Reichstagszöller sei, gesagt habe, daß wenn dies für
die Erhaltung der Landwirtschaft nöthig, man bis zu einem Ge-
treidezoll von 10 M. gehen müßte. Richter hatte davorhin ge-
rufen: „Professor Wagner!“ Nun, sagte er, die anonyme Antwort
Stöcker's hätte mit jenem Ausspruch nur bewiesen, daß sie eben
aus Duldung, dem großen Berliner Judenthums gekommen, oder für
dieselbe reif sei. In dem Tone eines weiser. — Abg. Freyler
v. Duene (Centr.) spricht sowohl Stöcker wie Richter das Recht ab,
über landwirthschaftliche Dinge mitzureden. — Abg. Graf von Helldorf
erklärt sich für die Verträge. — Abg. Liebermann v. Sonnen-
feld (wildeau) bedauert wiederholt die Ueberzeugung der Völer,
daß es keine für uns kein Grund vor, zu Gunsten der anderen
Verträge zu schließen. Der Landwirtschaft ist die
Vertragsmäßige Opfer zu bringen. Der Landwirtschaft ist die
Verträge stellen einen Sieg der nationalen Internationalen über den
Freihand dar und man könnte fast wünschen, daß dieselbe lieber
in blutigem Kampfe rine, als daß er sich das Blut durch die
goldene Internationalen abgibt. — Abg. Reber (oz.) hat indes
zustimmen in dem reiner voluntas, dem starken kühnlichen Willen, der
uns hoffentlich bald ein Ministerium der vertrieben Thut geben
werde. (Beifall). — Abg. Dr. Barth (frei) spricht für die
Annahme der Verträge im Interesse des gesamten deutschen
Vaterlandes. In der Specialberatung der Verträge, die lediglich
nachdrücklich die Verträge, die lediglich bewiesen werden,
die deutsche Landwirtschaft den unglücklichen Juden auszuweisen.
Die Regierung des Fürsten Bismarck sei, obwohl Reichstagsmitglied
Eintritt auf Bismarck besetzen, doch ausnahmslos beher geblieben,
als die gegenwärtig. Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn wird in
monströser Abstimmung mit 23 gegen 18 Stimmen, die Verträge
mit Italien und Belgien in einfacher Abstimmung mit großer
Mehrheit angenommen, ebenso die Reichstagskonvention mit
Oesterreich-Ungarn. Nächste Sitzung 12. Januar: 2. Beratung
des Glats.

Berlin. Der Kaiser hat in heute Abend nach dem Neuen
Palais Einladungen zum Abendessen an sämtliche Reichstagsabge-
ordnete ergehen lassen. — Der Reichstagspräsident, veröffentlicht eine
Bekanntmachung des Reichstags, mittelst welcher die Reichstags-
angehörigen nach dem Invaliditäts- und Alterspensionsgesetz
auf die Pensionenberechtigten der Reichstagsabgeordneten wird
Ausgeschlossen sind solche Pensionenberechtigten, welche das Reichstags-
reglement für eigene Rechnung betreiben und nur gelegentlich
von anderen Geschäftsbetrieben für deren Rechnung beschäftigt
werden. — Eintrag wird davon hingewiesen, daß in dem Schluß-
protokoll zu den Handelsverträgen mit der Schweiz sich folgende
für die Zollbehandlung dritter Länder beachtenswerthe Bestimmungen
findet: „Der schweizerische Bundesrath erklärt sich bereit, für das
aus dem freien Verkehr der Schweiz nach Deutschland einander
aus einem in Deutschland nicht mehrbezüglichen Lande kommende
Getreide, sowie für doral Weine die deutschen Verträge als
Verlangen der kaiserlich deutschen Regierung nicht zu beanstanden.“
Wien. Die „Presse“ behauptet, daß eine Unterredung zwischen
Taaffe, Chlumetzki und Reyer stattgefunden hat, über deren Ergeb-
nis indes nichts bekannt ist, da sie streng vertraulich war und sich
nur auf die genannten drei Personen beschränkte.

Winterthur. Sammelliche Mitglieder des Vermittlungs-
rathes der schweizerischen Cantone sind in Winterthur versammelt.
London. Eine aus Shanghai einkommene Dampfer meldet
die erste Erkundung von Hwang Tsang an der Amur.

London. In Blodum ist ein Streik der Baumwollweber
ausgebrochen. Dieselben verlangen 5 Proz. Lohnerhöhung. Eine
große Anzahl Webstühle steht still.

Petersburg. Die „Novoje Wremja“ giebt in der Streit-
frage zwischen Bulgarien und Frankreich letzterem Recht. Frankreich
würde, wenn es keinen Widerstand leistete, einen geist-
lichen Präcedenzfall für Gorbun schaffen. Das Blatt meint, daß
Frankreich noch weitere Nachfragen gegen Bulgarien werde errei-
chen müssen und daß der französische Botschafter dem Sultan schon
davon verständigt haben dürfte.

Die Berliner Börse verliert sich, die Tendenz war vor-
wiegend schwach, nur vorübergehend belebte sie sich etwas, erma-
dete aber bald wieder, ausgehend vom Kolonialienmarkt, auf welchem
die Angabe, daß die Kiberna-Gesellschaft nur 12 Proz. Dividende
gegen 20 Proz. im Vorjahre vertheilt, fast bestimmte. Banken
schwächer, von österreichischen Banken tragen die Zinsenbewerber
um ca. 3 Proz. konnten aber die Awanen nicht bekommen. Deutsche
Bahnen lautos, Bergwerke, namentlich Kohlen, procentweise nicht
besser. Fremde Renten schwächer, auch der Rothschilder jeante schwä-
chere Haltung. Kohlenwerke, Bancaeractien und andere Industri-
bankiere angeben. Deutsche Bonds auf bekannter Schwachheit
3 1/2 Proz. Nachfrage schwach. — Wetter: Wohl, Schnee, Nord-
West-Wind.

Erstausgabe
Dresdner Malerei-Ges. Pfand, Baugarten 41/42.